

Bericht über die 2. Mobilitätsmaßnahme im Rahmen der Grundtvig Lernpartnerschaft „New ways of adult education in multicultural societies“, 11. – 14.12.2003, Seminari Salesia „Martí Codolar“, Barcelona, Spanien.

Vom 11.12. – 14.12.2003 fand im Seminar der Salesianer in Barcelona die zweite Mobilitätsmaßnahme im Rahmen der Grundtvig Lernpartnerschaft „*New ways of adult education in multicultural societies*“ statt.

Anwesend waren die Vertreter der vier am Projekt beteiligten Organisationen: das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus aus Deutschland, das Institut de Formation Sociale aus Luxemburg, das Slotemaker de Bruïne Institut (SBI) aus Polen und die Unión Centros Estudios Mediterráneo (UCEM) aus Spanien bzw. Frankreich.

Jede Organisation hatte jeweils eine bestimmte Anzahl an Lernenden eingeladen. Für das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus waren folgende Personen anwesend: Burkhard Bialas, Wilfried Wiene, Johannes Eschweiler, Hein Backes, Giovanna Lombardo und Detlev Knocke.

Das Institut de Formation Sociale wurde von Monika Schmidt, Frédéric Mertz und Gérard Kieffer vertreten.

Für den polnischen Lernpartner waren Ewa Lewandowska und Małgorzata Mysłowska zugegen.

Für das Netzwerk UCEM kamen aus Barcelona Josep Calvo, Gerard Ardanuy, Pere Andrés, Ahmed Guiti und Domènec Sesnilo. Ebenfalls von UCEM aber aus Frankreich nahm Henry Acquaviva an dem Treffen teil.

Der Großteil der Lernenden haben beruflich mit Migranten und den Thematiken der Migration zu tun. Sie sind in der Migranten-, Arbeiter- oder Flüchtlingspastorale, in der Beratung von Migranten, in der Flüchtlingshilfe oder in einem Dachverband von Immigrant*innenverbänden tätig. Zwei der anwesenden Teilnehmer haben selber einen Migrationshintergrund.

Nach einer allgemeinen Begrüßung durch Josep Calvo, Generalsekretär der gastgebenden Organisation UCEM, stellten sich zunächst einmal alle Lernenden vor. Anschließend wurden die vier am Projekt beteiligten Einrichtungen und ihre Aufgabenschwerpunkte dargelegt.

Am folgenden Seminartag stellte Burkhard Bialas in seiner Funktion als Projektkoordinator in Kürze den Hintergrund des Projekts dar. Zudem erläuterte er die einzelnen Projektphasen und die zu verwirklichenden Ziele (vgl. Dokument1).

Im Anschluss daran wurden in Referaten die Geschichte und der Stand der Migration in den jeweiligen Ländern beleuchtet.

Gerard Ardanuy, juristischer Berater der katalanischen Landesregierung für Arbeitsfragen, erläuterte aus einem katalanischen Blickwinkel die Entwicklung der Einwanderung. Bis 1990 gab es keine nennenswerte Einwanderung nach Spanien, wohl aber eine Binnenwanderung nach Katalonien aufgrund seiner starken industriellen Entwicklung. Seit den 1990er Jahren ist eine vermehrte Einwanderung aus Staaten außerhalb der EU festzustellen. Heute leben ca. 300.000 Migranten in Katalonien. Sie stammen zum größten Teil aus Lateinamerika (Argentinien, Chile,

Ecuador), Nordafrika (Vornehmlich Marokko) und aus Osteuropa. (vgl. Dokument 2.1)

Gérard Kieffer, Direktor des sozialpastoralen Dienstes des Erzbistums Luxemburg und Mitglied der Internationalen Katholischen Kommission für Migration (CICOM), erläuterte in seinem Referat die besondere geschichtliche Entwicklung seines Landes. Luxemburg hat seit Ende des 19. Jahrhunderts immer eine hohe Anzahl von Ausländern gehabt, um seinen Bedarf an Arbeitskräften decken zu können. Nach einer ersten Anwerberrunde primär von italienischen Arbeitern wurden zu Beginn der 70er Jahre Abkommen („accords de main d'oeuvre“) mit Jugoslawien und Portugal geschlossen. Heute stellen die Portugiesen, Franzosen und Italiener die größten Gruppen von Migranten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 37,5 %. Hinzu kommen tagtäglich ca. 101.000 Grenzgänger, die einer Arbeit in Luxemburg nachgehen. Etwa 6000 Flüchtlinge, die hauptsächlich aus dem Balkan stammen, leben zur Zeit in Luxemburg. Was Asylanträge im Großherzogtum angeht, so wurden im Jahr 2002 lediglich 17 Anträge positiv beschieden. Dem gegenüber standen 1700 Ablehnungen. (vgl. Dokument 2.2)

Malgorzate Myslowska, die sich in der Flüchtlingshilfe engagiert, stellte die Migration in ihrer Heimat Polen vor. Dabei wurde deutlich, dass die Migration in dieses Land ein relativ neues Phänomen für die polnische Gesellschaft darstellt. Polen war in der Vergangenheit eher ein Auswanderungs- als Einwanderungsland. Erst mit dem Zerfall des kommunistischen Regimes zu Beginn der 90er Jahre kamen Einwanderer aus Afrika bzw. Asien. Der polnische Staat reagierte auf diese Zuwanderung nur zögerlich. Im Jahre 1997 wurde das erste Ausländergesetz angenommen, das 2001 eine Novellierung erfuhr. Das Gros der aktuellen Asylbewerber in Polen stammt aus den GUS-Staaten, vornehmlich aus Tschetschenien. (vgl. Dokument 2.3)

Detlev Knocke von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände e.V. (BAGIV) zeichnete ein sehr detailliertes Bild der geschichtlichen Entwicklung der Migration in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 2. Weltkrieg. Mit Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs Mitte der 1950er Jahre wuchs der Bedarf an Arbeitskräften. Um diesen Bedarf zu decken, schloss die BRD Anwerbeabkommen mit den Ländern Italien, Griechenland, Spanien, Türkei, Portugal, Jugoslawien, Tunesien und Marokko ab. Aus diesen Ländern kamen bis zum Anwerbestopp 1973 die sogenannten „Gastarbeiter“ nach Deutschland. Diese Menschen wurden als „mobile Reservearmee“ für den Arbeitsmarkt verstanden. Da man davon ausging, dass die Zuwanderung zeitlich begrenzt sei, wurden keine Konzepte zur Integration der Zuwanderer erarbeitet. Erst Ende der 1970er Jahre entwickelte man angestoßen durch das Kühn-Memorandum, das z.B. Politische Partizipationsrechte für Zuwanderer forderte, Ansätze zur Integration der nun in Deutschland dauerhaft lebenden Zuwanderer. Der Begriff Integration wurde hierbei als Assimilation verstanden: häufig wurde sie als Bringschuld der Migranten verstanden. In der Dekade 1980-1990 beschränkte man sich auf die Begrenzung der Migration, mit Ausnahme der deutschstämmigen Aussiedler aus der Sowjetunion. Die letzten zehn Jahre lassen sich mit den Worten Asylhysterie und Regelung der Einwanderung überschreiben. Im Zuge der Änderung des § 16 des Grundgesetzes, der das Asylrecht regelte, und der damit einhergehenden Asylmissbrauchsdebatte kam es zu Pogromen in Rostock, Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Magdeburg, bei der mehrere Zuwanderer ermordet wurden. Im Jahre 2001 wurde ein neues

Zuwanderungsgesetz verabschiedet, das aber bis zum heutigen Tag aufgrund von juristischen Streitereien nicht in Kraft getreten. (vgl. Dokument 2.4)

Henry Acquaviva, Vertreter von UCEM aus Frankreich, erläuterte die Geschichte des traditionellen Einwanderungslands Frankreich. Diese Einwanderung lässt sich in drei Zeiträume einteilen. Im 19. Jahrhundert kamen vermehrt Zuwanderer aus den Nachbarländern, während in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts sich primär polnische Arbeiter im Land niederließen. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg waren es vor allem Menschen aus den Kolonien, die es nach Frankreich zog. Bis zu den 1970/80er Jahren war eine Integrationspolitik nicht existent, da die Integration der Zuwanderer voraus gesetzt wurde. Zu Beginn des Jahres 2003 verabschiedet die Regierung Raffarin ein Gesetz, das die Schaffung eines „Integrationsvertrags“ (Contrat d'accueil et d'intégration) vorsieht. Dieser Integrationsvertrag beinhaltet eine persönliche Begleitung des Zuwanderers (100.000 pro Jahr sollen zugelassen werden). Dieser verpflichtet sich im Gegenzug dazu, die französische Sprache zu erlernen bzw. landeskundlichen Unterricht zu erhalten im Umfang von ca. 200 bis 500 Stunden). (vgl. Dokument 2.5)

Im weiteren Verlauf des Seminars machten die jeweiligen Vertreter den Stand der politischen Diskussion zum Thema Migration in ihren Ländern deutlich. Diese sei hier in Auszügen für jedes teilnehmende Land wiedergegeben (vgl. Dokument 3):

- Frankreich :
 - Islamphobie
 - fehlenden Integrationsmaßnahmen
 - schwierige berufliche Integration
 - fehlende Präsenz der Einwanderer in Medien, Politik
 -
- Deutschland :
 - Diskussion des Zuwanderungsgesetzes seit 2001
 - Soziale Integration aber keine politische Partizipation (nicht EU-Bürger)
 - Kürzung der Mittel zur Integration
 - Diskurs gegen Muslime
 - Marginalisierung der Migranten (Arbeitsmarkt)
- Polen :
 - Dringlichkeit wird nicht gesehen
 - Kampf gegen illegale Beschäftigung offiziell, in der Bevölkerung wird diese jedoch geduldet
 - Schutz des Arbeitsmarkts vor Zuwanderern
- Luxemburg
 - Frage der Rentenfinanzierung bei hoher Anzahl von Grenzgängern
 - Aktives Wahlrecht für alle Ausländer auf kommunalen Ebene ab 2005
 - Teilnahme der EU-Ausländern an EU-Wahlen (13,9% Beteiligung)
 - Integrationskurs angedacht über 600 Stunden
 - Harte Rückführung von Flüchtlingen
- Spanien

- Keine Anerkennung von Diplomen der Zuwanderer aus Lateinamerika
- Schwerpunkt auf polizeiliche Kontrolle durch Madrid
- Hohe Anzahl illegaler Einwanderer (Katalonien 9/10%)
- Wirtschaftliche Ausbeutung von Zuwanderern durch Unternehmen
- Integration durch Arbeitsplatz
- Berufliche Quotierung

Im Anschluss an die intensive Diskussion hielt der ehemalige Arbeitsminister von Katalonien, Ignasi Ferreras, ein Referat über die Bedeutung der Erziehung und Bildung für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Er unterstrich, dass gerade Migranten einen Zugang zur allgemeinen, sprachlichen und kulturellen Bildung des jeweiligen Aufnahmelandes haben müssten und erläuterte detailliert die einzelnen Programme der Europäischen Union. (vgl. Dokument 4)

Am dritten Seminartag wurden zunächst die Systeme der Erwachsenenbildung, die Konzepte und Angebote für Zuwanderer in den fünf am Projekt beteiligten Ländern vorgestellt.

Wilfried Wienen, pädagogischer Leiter des Oswald-von-Nell-Breuning-Haus in Deutschland unterschied vier Phasen der Erwachsenenbildung für Migranten. In der ersten Phase (50er und 60er Jahre) wurden keine Konzepte für nötig gehalten, da man von einem zeitlich begrenzten Aufenthalt der Arbeitsmigranten ausging. Es wurde lediglich betreut und ein Sprachunterricht im Kontext des Arbeitsplatzes angeboten. Mit dem Anwerberstopp 1973 und dem vermehrten Familiennachzug der Gastarbeiter entstand die Ausländerpädagogik, die sich als kompensatorisches Modell verstand: zum einen wurde die Assimilation an die Gastgesellschaft angestrebt, zum anderen aber auch immer die Möglichkeit zur Rückkehr ins Heimatland offengehalten. In den 1980er Jahren stand das Konzept der Interaktion zwischen Mehrheit und Minderheit im Vordergrund. Der Rassismus der Gesellschaft wurde als Aufforderung an die Mehrheitsgesellschaft definiert, ihr Bild des Fremden zu überdenken und zu reflektieren. Die 1990er Jahre lassen sich unter dem Stichwort der reflexiven Interkulturalität zusammenfassen. Hier ging es darum, den Menschen die Pluralität unserer Gesellschaft als Normalität erfahrbar zu machen. Vor dem Hintergrund des Zuwanderungsgesetzes scheint ein neues Konzept von einer „Balancierten Pluralität“ von Nöten, das die Entwicklung einer interkulturellen Kompetenz verfolgt und Vielfalt als Bereicherung versteht. (vgl. Dokument 5.1)

Frédéric Mertz, Leiter des „Institut de Formation Sociale“ aus Luxemburg, skizzierte das Bildungswesen bzw. die Erwachsenenbildung im Großherzogtum Luxemburg. Die Erwachsenenbildung gliedert sich im wesentlichen in zwei Bereiche: auf der einen Seite die berufliche Bildung für Berufstätige über den Betrieb oder individuell, die per Gesetz geregelt werden, und auf der anderen Seite die allgemeine Erwachsenenbildung, die den Abschluss des Abiturs per zweiten Bildungsweg ermöglichen oder Kurse zu verschiedenen Bereichen wie Computer, Kunst, Politik, Luxemburgisch etc. anbieten. Die Herausforderungen, die sich für die Erwachsenenbildung stellen, sind vielfältig. Wie können die eigenen Kulturen bewahrt werden aber zugleich die Integration in eine multikulturelle Gesellschaft verbessert werden? In diesem Zusammenhang spielt auch die Sprache eine Rolle, da es neben den drei offiziellen Sprachen die Sprachen der größten Zuwanderungsgruppe (Portugiesisch, Italienisch) gibt. (vgl. Dokument 5.2)

Malgorzate Myslowska stellte die Situation bezüglich der Weiterbildungsangebote für Zuwanderer in Polen dar. Von Seiten des Staates werden in sehr geringem Maße Sprach- und Berufskurse angeboten, in dessen Genuss aber letztlich nur eine Minderheit gelangt. Für Flüchtlinge und Asylbewerber und deren Kinder besteht ferner die Möglichkeit, freiwillig polnische Sprachkenntnisse zu erwerben, die dann anschließend einen Schulbesuch gestatten. Dies stößt aber auf geringe Resonanz. Hervorzuheben sind das Engagement der NGO wie Caritas oder Polska Akcja Humanitarna (PAH), die versuchen das fehlende Bildungsangebot für Migranten zu kompensieren. (vgl. Dokument 5.3)

Die spanischen Vertreter unterstrichen ihrerseits die fehlenden finanzielle Mittel in der Erwachsenenbildung gerade für Ausgegrenzte und Zuwanderer.

Henry Acquaviva erläuterte sehr ausführlich das französische System der Erwachsenenbildung. Er hob hervor, dass das System diskriminierend gegenüber Einkommensschwachen, Jugendlichen ohne Qualifizierung, Frauen und älteren Arbeitnehmer ist. Die leitenden Angestellten und Führungskräfte („cadres“) verfügen über den weitaus besseren Zugang zum Markt der Weiterbildung, der jedes Jahr ca. 1 Millionen Euro umsetzt. Zudem wurde deutlich, dass primär kurze Weiterbildungen oder längere qualifizierende Maßnahmen angeboten werden. Als zukunftsweisend wird in Frankreich das e-Learning sowie die Individualisierung Weiterbildung diskutiert. (vgl. Dokument 5.4)

Im Anschluss wurde im Plenum über die Zielgruppe des Projekts diskutiert. Die Mehrheit der Teilnehmer war sich einig darüber, keine Gruppe der Zuwanderer wie z.B. Illegale aus dem Projekt auszuschließen. Man verständigte sich darauf, den allgemeinen Begriff der Zuwanderer und Einheimischen zu verwenden, da es uns ja letztendlich um ein besseres Zusammenleben in unseren Gesellschaften geht. Es wurde angedacht, auf zwei Ebenen zu arbeiten:

- Untersuchung von Sprach- und Orientierungskurse für Zuwanderer und Erarbeitung von Empfehlungen
- Entwicklung von Bildungskonzeptionen zur Förderung eines gemeinsamen Lernens

Im weiteren Seminarverlauf wurden in Kleingruppen Bereiche erarbeitet, die im Fokus des kommenden Treffens in Herzogenrath stehen können. Diese sind hier in Kürze dargestellt:

Spanien

Ausbildung finanziert mit Hilfe staatlicher Unterstützung und EU-Unterstützung, Wert des Geldes und der Arbeit sollte vermittelt werden; bereits bevor Jugendliche Alter von 18 Jahren erreicht haben

Polen

- Identität als wichtigster Faktor der Integration
- Identität von Immigranten und Einheimischen sollten geschützt werden
- Situation der Immigranten ist schlechter als sie der Einheimischen
- Sprachkurse müssen einhergehen mit Informationen über Kultur
- Unterschiede der Religion: keine Muslime vorher in Polen, ist etwas Neues und von daher von großer Wichtigkeit;
- Information über Rechte

- Informationskurse für bestimmte Gruppen, z.B. Jugendliche, Frauen, Männer

Deutschland

- -« Lernstätten » Werkstatt + Lernen, 70er Jahre z.B. bei BMW: kontextbezogener Spracherwerb
- Orientierungskurse: Analyse und Bewertung im Hinblick auf eigene Vorstellungen
- Schaffung von Räumen, um « multikulturelle » Treffen zu ermöglichen; Kontinuität
- Bereits existierende multinationale Zentren: Analyse, Kennen lernen
- Thema Frauen: Zusammenschluss von Frauen ohne Migrationshintergrund
- Reflexion der eigenen Lebenssituation, sowohl der Migranten als auch der Bewohner Deutschlands
- Bedeutung der Migrantenselbstorganisationen, z.B. griechische Gemeinden, die wichtige Mittlerrolle haben sowohl gegenüber Deutschen, als auch gegenüber Griechen und anderen Nationalitäten

Luxembourg

- Spezifische Bildungen für Migranten oder Integration der Migranten in politische Bildung für Erwachsene
- Kommunikationsfähigkeit als Integrations- und Partizipationsfaktor
- Chancen und Grenzen der Erwachsenenbildung für das « gute Zusammenleben »
- Migranten und Bewohner als « Sozialkapital » (Vertrauen, Schlüsselkompetenzen, Kreativität, Beziehungsnetzwerke, usw.)

Zum Abschluss des Seminars wurde vereinbart, dass die Kerngruppe mit Wilfried Wien, Burkhard Bialas und Frédéric Mertz bei einem weiteren Treffen im Januar 2004 einen Fragenkatalog erstellen, der dann an die einzelnen nationalen Gruppen weitergegeben wird. Die Gruppen bearbeiten den Fragenkatalog und erstellen ein Thesenpapier im Hinblick auf das Treffen in Herzogenrath, das vom 7. – 9. Mai stattfindet.

Alle Teilnehmer äußerten sich positiv über das erste Projekttreffen. Der Tagungsort im Seminar der Salesianer erwies sich als ein würdiger Rahmen für den Start unserer Lernpartnerschaft.

Königswinter, den 22.01.2004

Burkhard Bialas